

Zitiert nach:

Österreichische Parteiprogramme 1868 – 1966.

Eingeleitet und herausgegeben von Klaus Berchtold.

Verlag für Geschichte und Politik Wien, 1967

Der Korneuburger Eid, 1930

Seit dem Jahre 1927 war der Heimatschutz mehr und mehr in den politischen Vordergrund getreten. Er vermochte die politische Machtstellung der Sozialdemokratie zu bedrohen, er war die politische Kraft hinter den Bestrebungen zur Verfassungsreform von 1929, die allerdings nicht alle seine Wünsche erfüllte. War der Heimatschutz auch ein beachtlicher politischer Faktor, so hatte er doch andererseits kein ins einzelne gehendes politisches Programm und sollte auch ein solches nie entwickeln. Aus einem dennoch bestehenden Programmbedürfnis heraus kam es am 18. Mai 1930 zum Korneuburger Eid. An diesem Tag fand in Korneuburg die Generalversammlung des niederösterreichischen Heimatschutzes statt. Auf dieser Versammlung, an der etwa 800 Delegierte teilnahmen, verlas der erste Bundesführer der Heimwehr, der Tiroler Steidle, das folgende Programm, das die Zielsetzung des Heimatschutzes — allerdings mehr im negativen Sinn — festlegte.

Wir wollen Österreich von Grund aus erneuern. Wir wollen den Volksstaat der Heimwehren.

Wir fordern von jedem Kameraden: den unverzagten Glauben ans Vaterland, den restlosen Eifer der Mitarbeit und die leidenschaftliche Liebe zur Heimat. Wir wollen nach der Macht im Staate greifen und zum Wohle des gesamten Volkes Staat und Wirtschaft neu ordnen.

Wir müssen eigenen Vorteil vergessen, müssen alle Bindungen und Forderungen der Parteien unserem Kampfziel unterordnen, da wir der Gemeinschaft des ganzen deutschen Volkes dienen wollen.

Wir verwerfen den westlich-demokratischen Parlamentarismus und den Parteienstaat. Wir wollen an seine Stelle die Selbstverwaltung der Stände setzen und eine starke Staatsführung, die nicht aus Parteivertretern, sondern aus den führenden Personen der großen Stände und den fähigsten und bewährtesten Männern unserer Volksbewegung gebildet wird.

Wir kämpfen gegen die Zersetzung unseres Volkes durch den marxistischen Klassenkampf und durch die liberal-kapitalistische Wirtschaftsgestaltung. Wir wollen auf berufsständischer Grundlage die Selbstverwaltung der Wirtschaft verwirklichen. Wir werden den Klassenkampf überwinden, die soziale Würde und Gerechtigkeit herstellen.

Wir wollen durch eine bodenständige und gemeinnützige Wirtschaft den Wohlstand unseres Volkes heben. Der Staat ist die Verkörperung des Volksganzen; seine Macht und Führung wacht darüber, daß die Stände den Notwendigkeiten der Volksgemeinschaft eingeordnet bleiben.

Jeder Kamerad fühle und bekenne sich als Träger der neuen deutschen Staatsgesinnung; er sei bereit Gut und Blut einzusetzen, er kenne die drei Gewalten: den Gottesglauben, seinen eigenen harten Willen, das Wort seiner Führer.

Allgemeine politische Grundsätze des Heimatblockes, 1930

Als sich die Heimwehr entschloß, für die Nationalratswahlen selbstständig zu kandidieren (vgl. Einleitung, S. 61), wurde von ihr ein entsprechendes Programm aufgestellt, das sich in drei Teile gliederte: die allgemeinen politischen Grundsätze, das Nationalratsprogramm und das Landtagsprogramm; letzteres für die Landtagswahlen in Niederösterreich.

Das Programm, das dem Heimatblock Ziel und Richtung gibt, ist das Programm der österreichischen Heimwehr. Der Heimatblock will die parlamentarischen Vertretungskörper nicht um eine neue Partei bereichern, er soll vielmehr der Sammelplatz aller jener sein, die erkannt haben, daß der Heimwehr nicht nur die militante Abwehr des anstürmenden Bolschewismus zufällt, sondern daß sie zu tiefst und zu innerst eine Erneuerungsbewegung ist, die Staat, Wirtschaft und Gesellschaft von Grund aus umzuformen strebt. Der Heimatblock will der Sturmtrupp dieser Bewegung sein. Seine Aufgabe ist es, in den Regierungen des Bundes und der Länder jene Stützpunkte zu erobern, deren die Heimwehrbewegung — soll sie sich durchsetzen — nicht entraten kann. Wir sind und bleiben Feinde des parteipolitischen Parlamentarismus und wenn wir uns heute an den Tisch der Parteien drängen, dann tun wir es nicht, um mit ihnen zu schmausen, sondern um die Tafel aufzuheben.

I. Staatspolitische Grundsätze

Der Grundgedanke des staatsrechtlichen Programms der Heimwehr und somit unseres eigenen staatsrechtlichen Programms ist der Wille, den Parteienstaat und die Parteien als zersetzende Schädlinge an unserem Volkstum zu beseitigen und an deren Stelle die Stände zu setzen, die Staat und Wirtschaft neu aufbauen sollen. Dadurch soll der christliche, der nationale und der soziale Staat errichtet und der Klassenkampf überwunden werden. Wir sind uns klar darüber, daß es den Abgeordneten des Heimatblockes nicht gelingen wird, dieses weitgestreckte Ziel durch parlamentarische Abstimmungen zu erreichen. Dieser gewaltigen Aufgabe ist nur die Volksbewegung der Heimwehr, nicht die Wählergruppe „Heimatblock“ gewachsen. In staatsrechtlicher Beziehung betrachten sich die Abgeordneten des Heimatblockes daher lediglich als Vorhut der Heimwehr und unterstellen sich in allen staatsrechtlichen Fragen dem Bundesführer. Als Exponenten der nationalen Heimwehrbewegung werden die Abgeordneten des Heimatblockes alle Bestrebungen fördern, die den Zusammenschluß mit dem deutschen Bruderreich vorbereiten, denn ihr Ziel ist der einige deutsche Ständestaat.

II. Kulturpolitische Grundsätze

Wenn wir den Parteienstaat für unfähig halten, die Erneuerung des Staates zu beschließen, so halten wir ihn nach den bitteren Erfahrungen des letzten Jahrzehnts auch für unfähig, kulturpolitische Fragen im Sinne wahrer Volksgemeinschaft zu lösen. Weder die Koalition der Christlichsozialen mit den Marxisten noch die Koalition der Christlichsozialen mit den Freiheitlichen — mag sie Kulturfragen auch oft zu parteipolitischem Kuhhandel erniedrigt haben — hat auch nur eine einzige kulturelle Frage der Lösung näher gebracht, geschweige denn gelöst. Sollte im Parlament eine Kulturfrage aufgerollt werden, so werden die Abgeordneten des Heimatblockes dafür eintreten, daß alle Fragen, die Religion und Staat gleicherweise betreffen, durch ein unmittelbares Übereinkommen zwischen dem Staate und der betreffenden Religionsgemeinschaft bereinigt werden.

Der sittliche Gehalt der Heimwehrbewegung ist auch unser Sittengesetz, es ist durch die Forderung klar umrissen: wir wollen den christlichen, den nationalen und sozialen Staat. Unser Grundsatz ist: Ein Volk ohne Religion ist wie ein Volk ohne Vaterland. Die ständische Organisation der Gesellschaft bringt nicht nur die Überwindung des Klassenkampfes von innen heraus, sondern sie entspricht auch der Idee vom christlichen, nationalen und sozialen Staat. Christlich ist der Gedanke an die verpflichtende Gesamtleistung der Gesellschaft zu ihrem Gedeihen, die gegenseitige Opferbereitschaft, das heißt christliche Nächstenliebe. National ist der Gedanke an das Wohl unseres gesamten Volkstums, das durch die Einstellung des Klassenkampfes wieder politisch und wirtschaftlich gestärkt wird. Sozial ist der Gedanke des Staates an sich, weil Unternehmer, Arbeiter und Angestellte in der ständischen Leitung umfaßt werden und deren heutige Trennung beseitigt wird.

Unser völkisches Bewußtsein verbietet uns nicht, mit den Angehörigen anderer Nationen im Rahmen der Staatsgrundgesetze friedlich zusammen-

zuleben; es gebietet uns aber, internationale Verbindungen, die das Dasein unseres Volkes gefährden, mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Der Heimatblock steht auf dem Boden des redlich erworbenen Privateigentums. Dem Schiebertum, dem Volkswucher und der Korruption sagt er den schärfsten Kampf an. Dem Eigentum kommt im Heimatwehrstaat, den wir erstreben, nicht nur eine eigenpersönliche Bedeutung, sondern eine Aufgabe im Interesse der Allgemeinheit zu. Wir treten unbedingt für das persönliche Eigentum, für die persönliche Initiative des Unternehmers ein, wollen aber Wirtschaft und Eigentum auch in den Dienst des ganzen Volkstums stellen. Wir sind uns bewußt, daß es dem Parteienstaat nicht gelungen ist, die Demokratie zur lebendigen Anteilnahme jedes Einzelnen am Schicksal des Staates zu machen.

Unsere antimarxistische Einstellung richtet sich nicht gegen den Sozialismus überhaupt, sondern gegen den Mißbrauch des sozialen Gedankens für Zwecke eines machtgerigen Parteiklüngels, der die ganze Geschichte der deutschen Arbeiterschaft mit dem Geiste des Klassenkampfes vergiftet hat. Jener Sozialismus, der für das Gemeinschaftsgefühl und die wirtschaftliche Befriedigung aller Volksgenossen eintritt, jener Sozialismus der erfüllt ist von den hohen Idealen geistiger Verbundenheit mit unserem Volkstum soll aber gerade durch den Heimwehrstaat verwirklicht werden.

III. Wirtschaftspolitische Grundsätze

Haben wir es als die eine Aufgabe des Heimatblockes bezeichnet, der Heimwehrbewegung Stützpunkte zu erobern, von denen aus sie ihren Kampf gegen den Parteienstaat fortführen kann, so besteht seine zweite Aufgabe darin, seinen Anhängern die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen zu sichern. Diese Aufgabe ist so drängend, der wirtschaftliche Zusammenbruch unseres Volkes und mit ihm die Vernichtung von abertausend Existenzen in so drohender Nähe, daß wir unsere Anhänger hier nicht auf mit der Zeit heranreifende Entwicklungen, auf eine ferne, bessere Zukunft vertrösten können. Auf wirtschaftliche Rettung können wir nicht warten, bis der Kampf gegen den Parteienstaat entschieden ist. Wirtschaftliche Hilfe muß sofort kommen oder sie kommt zu spät. Diese wirtschaftliche Hilfe will der Heimatblock bringen.

Das im zweiten Teil*) umrissene wirtschaftliche Programm für den Nationalrat unterscheidet sich von den üblichen Parteiprogrammen in doppelter Hinsicht: Einmal ist es kein Programm auf weite Sicht, kein Programm, das in hundert Jahren verwirklicht werden soll, sondern ein Kurzprogramm, das während der Funktionsperiode des kommenden Nationalrates verwirklicht werden kann und muß. Dann ist es kein Forderungsprogramm, sondern ein Lösungsprogramm, das heißt: wir haben nur jene Forderungen in das Programm aufgenommen, bei denen wir auch den Weg anzugeben wissen, wie sie befriedigt werden können. Über alle im Nachfolgenden skizzierten Programmpunkte bestehen ausführliche und ins Einzelne gehende Arbeiten, die angeben, wie wir uns die praktische Durchführung denken und wie die Mittel für die praktische Durchführung aufgebracht werden können.

*) Vgl. das Nationalratsprogramm, unten, S. 406 ff., insb. 409 ff.

Bei der Aufstellung des Wirtschaftsprogrammes haben wir uns vor Augen gehalten, daß unserer Wirtschaft mit halben und schwächlichen Mitteln nicht aufgeholfen werden kann. Unsere Wirtschaftskrise ist nicht zuletzt bedingt durch die gewaltige Umwälzung unseres ganzen Wirtschaftssystems, die nicht willkürlich herbeigeführt wurde, sondern im Wandel der Zeiten natürlich entstanden ist. Wir meinen die Entwicklung aus der Einzelwirtschaft (Wirtschaftsliberalismus) zur Verbandswirtschaft der Kartelle und Gewerkschaften, die Preisvereinbarungen und Kollektivverträge. Dieser heute ganz unregelten Entwicklung der Wirtschaft muß der Staat in seiner Verfassung, in Gesetzgebung und Verwaltung Rechnung tragen. Auch dies ist eine Hauptforderung der Heimatwehrebewegung: die organische Wirtschaft im organischen Staat.